



HESSISCHER LANDTAG

08. 11. 2022

Plenum

Antrag

Fraktion der Freien Demokraten

Eigenverantwortung stärken: Maskenpflicht im ÖPNV beenden, Isolationspflicht anpassen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass COVID-19 für vorerkrankte und immungeschwächte Menschen weiterhin eine ernstzunehmende Erkrankung ist, die für den überwiegenden Teil der Bevölkerung dagegen kein erhöhtes Risiko mehr darstellt. Die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, sich gegen COVID-19 impfen zu lassen, die hohe Anzahl der Genesenen, die hervorragende Arbeit unseres Gesundheits- und Forschungswesens und die im Krankheitsbild abgeschwächte Omikron-Variante tragen allesamt dazu bei, dass die Bedrohung durch COVID-19 im Laufe der Pandemie immer geringer wurde und weiter sinkt.
2. Der Landtag stellt weiterhin fest, dass die aktuelle Regelung der Isolationspflicht daher nicht mehr angemessen ist. Für Menschen ohne Symptome stehen auch ohne die Pflicht zur Isolation genügend Optionen zur Verfügung, um die Mitmenschen vor einer Infektion zu schützen. Auf dieses eigenverantwortliche Handeln basiert bereits heute die Empfehlung des Landes zur Isolation über die Grenzen der Pflicht hinaus. Die unscharfe Festlegung der Isolationsdauer in der bestehenden Verordnung führt dazu, dass gesunde Personen unnötig lange beschränkt werden, was zudem zu personellen Engpässen, besonders im Gesundheitswesen und in der kritischen Infrastruktur, führt.
3. Der Landtag fordert daher die Landesregierung auf, die Isolationspflicht bei Vorliegen einer symptomfreien COVID-19-Infektion zu beenden und in eine Empfehlung zur selbstständigen Isolation und zu erhöhten Schutzvorkehrungen umzuwandeln. Für diesen Personenkreis soll, wie bei anderen endemischen Krankheiten, das Prinzip der Eigenverantwortung gelten: Wer nachweislich infiziert, aber symptomfrei ist, bleibt möglichst zuhause und kümmert sich eigenverantwortlich um den Schutz vor einer Infektion der Mitmenschen. Darüber hinaus ist kein staatliches Eingreifen zur Isolation notwendig. Das Ende der Isolationspflicht führt zu einer deutlichen Entlastung der Gesundheitsämter und Arbeitsschutzbehörden, in deren Aufgabenbereich die Überwachung und Durchsetzung der Isolationspflicht liegt. Betriebliche Regelungen bleiben davon unberührt.
4. Der Landtag fordert darüber hinaus die Landesregierung auf, die Maskenpflicht im ÖPNV abzuschaffen und stattdessen in eine Empfehlung umzuwandeln. Für den ÖPNV sollen dieselben Regeln gelten wie für andere öffentliche Innenräume.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung ebenfalls auf, die Anwendung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht auszusetzen und ein Auslaufen der Regelung im Januar auf Bundesebene zu unterstützen. Die einrichtungsbezogene Impfpflicht verschärft den Mangel sowie die Abwanderung von Pflegekräften und ist für Pflegeeinrichtungen und Gesundheitsämter eine weitere bürokratische Last.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 8. November 2022

Der Fraktionsvorsitzende:
René Rock